

Grüner Marschall-Plan statt Geld für Öl, Gas und Kohle

Windkraft unterstützt aktiv Camp-for-Future vor dem Bundeskanzleramt in Wien

St. Pölten, am 13.5.2020: Die Windbranche unterstützte gestern tatkräftig das Camp-for-Future am Ballhausplatz. Dabei wurde kurzfristig ein kleines Windrad errichtet. Als Hinweis darauf, dass das kommende Konjunkturpaket den Ausbau der erneuerbaren Energien anreizen und Subventionen in die rückwärtsgewandte Wirtschaft von Kohle, Erdgas und Erdöl unterlassen muss. „Die Hoffnung ist groß, dass der Klimaschutz ein zentraler Teil des kommenden Konjunkturprogrammes wird“, so Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft.

Seit letztem Mittwoch streikt Fridays for Future vor dem Bundeskanzleramt und fordert damit die Regierung auf, eine „sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft“ umzusetzen. Mit dem Camp-for-Future wurde auch der Klima-Corona-Deal präsentiert. Dieser „*klimagerechte Gesellschaftsvertrag*“ wird bereits von 536 Wissenschaftler*innen und 141 Organisationen unterstützt. Auch die IG Windkraft hat diesen unterschrieben. „So hart die Corona-Krise die Wirtschaft des Landes getroffen hat, so groß ist jetzt die Chance mit geeigneten Maßnahmen in Richtung klimaneutraler Gesellschaft zu starten“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft.

Viel Wind der Windkraft für das Camp-for-Future

Gestern Abend versammelten sich Akteure der Windbranche vor dem Bundeskanzleramt und errichteten kurzfristig ein kleines Windrad, um die Forderungen von Fridays for Future zu unterstützen. Ein grüner Marshallplan für Österreich wird gefordert. „Die finanzielle Unterstützung von veralteten Strukturen für Erdöl, Erdgas und Kohle können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten. CO₂ - Bepreisung, Erneuerbaren-Ausbau und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs müssen nun offensiv angegangen werden“, fordert Moidl.

Windkraftausbau als Investitionsschub & starker Impuls für neue Arbeitsplätze

Bis 2030 will Österreich seine Stromversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen. Dafür müssen unter anderem jährlich 120 Windräder

errichtet werden. Allein der Windkraftausbau kann dabei als Investitionsmotor und Arbeitsplatzgenerator helfen, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. In den nächsten Jahren können so 6,8 Mrd. Euro an Investitionen ausgelöst werden. Allein 2,4 Mrd. Euro Wertschöpfung werden bei der Errichtung der Windräder generiert und weitere 275 Mio. Euro jährlich durch den Betrieb und die Wartung der neu errichteten Anlagen sichergestellt. Beim Bau der Windkraftwerke sind in den nächsten zehn Jahren 30.000 Personen beschäftigt. Weitere 2.700 Arbeitsplätze können dauerhaft für die Wartung und den Betrieb neu geschaffen werden. „Die Hoffnung ist groß, dass die richtigen Maßnahmen im Anschluss an die Corona-Krise auch den Ausbau der erneuerbaren Energien betreffen und die Ausbaugeschwindigkeit sich dadurch essentiell erhöhen wird“, bemerkt Moidl.

Einbindung der Wissenschaft gefordert

Heute Früh haben Fridays for Future und das Klimavolksbegehren darüber hinaus eine weitere Forderung aufgestellt: „Wir fordern die permanente Einbeziehung von unabhängigen Wissenschaftler*innen mit klimarelevanter Expertise in alle Gremien, die Entscheidungen über die Konjunkturmaßnahmen treffen, um das 1.5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreichen zu können und nachhaltige, krisensichere Arbeitsplätze zu schaffen.“ Heute um 12 Uhr wird Fridays for Future mit Sigrid Stagl, Universitätsprofessorin der Wirtschaftsuniversität Wien, in einer Pressekonferenz am Platz der Menschenrechte weitere Aktionen ankündigen.